

**Resolution der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
verabschiedet an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld, 29. Mai 2010**

Gegen das Vergessen in Sri Lanka – für eine aktive Friedenspolitik der Schweiz

Die SP Schweiz ist äusserst besorgt über die anhaltend katastrophale humanitäre Situation im Norden Sri Lankas, über die Abwesenheit einer Perspektive zur politischen Lösung des Konflikts und über die fehlende Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen in diesem Land. Die SP fordert den Bundesrat auf, die humanitäre und Wiederaufbauhilfe der Schweiz, die Bemühungen um eine Friedenslösung und zur Aufklärung der Kriegsverbrechen zu verstärken und sich auch auf internationaler Ebene gegen das Vergessen des ungelösten Konflikts in Sri Lanka zu engagieren.

Im Mai 2009 verkündete die Regierung Sri Lanka nach einem schrecklichen Blutbad den Sieg über die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Ein Jahr später zeichnet sich das wahre Ausmass der Kriegsverbrechen und Zerstörungen ab. Zwar konnten zwischenzeitlich von den über 270 000 intern Vertriebenen rund 190 000 in ihre Heimatregion zurückkehren. Im Norden des Landes sind aber weiterhin ganze Regionen als Hochsicherheitszonen abgesperrt und können viele Menschen nicht in ihre ursprünglichen Dörfer zurückkehren. Über 80 000 interne Vertriebene hält die Regierungen immer noch in Lagern zurück und verwehrt den internationalen Hilfsorganisationen den Zutritt. Gleichzeitig wartet auch die tamilisch sprechende muslimische Minderheit, welche die LTTE vor 1992 aus dem Norden und Osten Sri Lankas vertrieb, auf die Rückkehr in ihre Gebiete. Ungeklärt ist auch die zentrale Frage nach den Eigentumsrechten am Land.

Zwar spricht die Regierung nach den nationalen Wahlen vom Januar und April 2010 von einer Rückkehr zur politischen Normalität. Davon kann jedoch keine Rede sein. Weit über den Kreis der intern Vertriebenen hinaus konnten sich die verschiedenen Minderheiten kaum an den Wahlen beteiligen. Deren kulturelle und politische Rechte werden weiterhin krass missachtet. Eine Vision oder gar konkrete Vorschläge für die unverzichtbare Verfassungsreform gibt es keine. Die Kriegsverbrechen der Vergangenheit bleiben hinter einer hohen Mauer des Schweigens verborgen.

Auch auf internationaler Ebene sind das Schicksal der intern Vertriebenen und die Missachtung der Minderheitenrechte in Sri Lanka aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden. Für die SP ist aber klar: Dem drohenden Vergessen muss ein Ende gesetzt werden. Auch die Schweiz muss ihren Beitrag leisten, damit Sri Lanka wieder eine Perspektive erhält – ein Sri Lanka, in dem die Rechte aller gleichermassen geachtet werden. Die SP fordert den Bundesrat auf:

1. Der gegenwärtige Trend, dass sich die Schweiz schrittweise aus Sri Lanka zurückzieht, muss gestoppt und in sein Gegenteil gekehrt werden. Die SP fordert eine deutliche Verstärkung der humanitären und Wiederaufbauhilfe zugunsten Sri Lankas.
2. Die schweizerische Aussenpolitik darf in ihren Bemühungen nicht nachlassen, dass die schrecklichen Kriegsverbrechen auf allen Seiten, die in Sri Lanka begangen wurden, aufgeklärt, verfolgt und gesühnt werden. Der Straflosigkeit muss der Riegel geschoben werden, weil sonst keine Versöhnung möglich wird.
3. Die internationalen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen müssen Zutritt zu den Lagern und so genannten Hochsicherheitszonen erhalten. Der Druck auf die Regierung muss erhöht werden, damit die Lager geschlossen und die Zonen geöffnet werden. Damit alle Flüchtlinge

und Vertriebene rasch zurückkehren können, ist die Einrichtung von UNO-Schutzzonen zu prüfen.

4. Die aktive Friedenspolitik, welche die Schweiz in Sri Lanka während Jahren mit ausgewählten Partnern verfolgt hat, soll auf allen Ebenen innerhalb und ausserhalb Sri Lankas wieder aufgenommen werden. Die Schweiz soll eine aktive Rolle im politischen Dialog zur Versöhnung und zur Ausarbeitung institutioneller Lösungen zum Schutz der Minderheiten und zur Dezentralisierung übernehmen. Für die SP steht fest: Eine nachhaltige Friedensordnung in Sri Lanka muss
- die Rechte aller Minderheiten respektieren, namentlich den Wunsch der tamilischen und muslimischen Minderheit nach Anerkennung der kulturellen Eigenständigkeit, Koexistenz und friedlichem Zusammenleben;
 - auf einer freien und unabhängigen Presse, den Achtung der Menschenrechte, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit aufbauen;
 - allen intern Vertriebenen und Flüchtlingen die Rückkehr in die ursprünglichen Dörfer und Wiedererlangung der Eigentumsrechte am Land ermöglichen, sowie die Gebiete von Landminen zu befreien.